

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Veröffentlichungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußfasse

Das Blatt erscheint zum **Sonnabend** jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 2 (ohne Bestellgeld), bei Zustellung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom
Deutschen Bauarbeiterverbande
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: **Montag mittag 1 Uhr.**
Verbands-Anzeigen werden mit 30 % für die dreigespaltene Zeile oder deren Raum berechnet

Soll die Stunde der Internationale kommen?

Aus Frankreich kommt die Kunde, daß sich die Konferenz der französischen Gewerkschaften, die in der Weihnachtswoche in Paris lagte, für einen internationalen Gewerkschaftskongress ausgesprochen habe. Bei der Unklarheit, die heute in der Nachrichtenvermittlung zwischen feindlichen Ländern besteht, muß man dieser Meldung noch abwartend gegenüberstehen. Nach dem Bericht, den der „Vorwärts“ über die Konferenz veröffentlichte, verhandelte die Konferenz an ihrem zweiten Tage über das deutsche Friedensangebot und die Wilsonsche Forderung zu Friedensverhandlungen. Der Bericht bringt nur die Ausführungen von drei Rednern. Es ist nicht anzunehmen, daß wirklich nicht mehr dazu gesprochen haben sollten; es haben jedenfalls mehr als drei gesprochen; indessen weiß man es nicht und kann darum auch nicht beurteilen, ob die wiedergegebenen Reden die Ansicht der Konferenz enthalten. Die Konferenz nahm jedoch am Schluß dieser Debatte einstimmig eine Resolution an, in der man von der Note Wilsons Kenntnis nimmt und dazu erklärt:

„Wir verlangen von der französischen Regierung, daß sie die Note in günstigem Sinne beantwortet und gleichzeitig die Initiative ergreift, bei ihren Verbündeten im gleichen Sinne zu wirken, um die Stunde des Friedens zu beschleunigen.“

Weber die Art des Friedens sagt die Resolution, daß ein einseitiger Frieden „nur zustande kommen kann, wenn die Unabhängigkeit, die Gebietsunverletzlichkeit und die politische und wirtschaftliche Freiheit aller Nationen, der großen wie der kleinen, gesichert sind“. Die vertretenen Organisationen verpflichten sich in der Resolution, „diese Idee zu unterstützen und in der Arbeiterklasse zu verbreiten“. In der Aussprache nahm Leon Jouhaux das Wort, nachdrücklich hielt er eine Art Referat über den Verhandlungsgegenstand. Er trat für eine Befestigung der Verhandlungsgegenstände nicht einfach für eine Schlichtung; er erklärte, er wolle eine Schlichtung, so solle man das nachweisen und der Welt anzeigen. Was die französischen Gewerkschaften betrafte, so seien diese bereit, auf einem internationalen Friedenskongress zu erscheinen, und wenn die deutschen Gewerkschaften durch Vermittlung der schweizerischen Genossen einen internationalen Gewerkschaftskongress einberufen wollten, so seien die französischen Gewerkschaften bereit, der Einladung dazu zu folgen. Vielleicht hatte Jouhaux mehr über die Kriegsziele gesagt, als der erwähnte Bericht enthält; denn ein folgender Redner, Wrouthauz aus dem Pas de Calais, machte ihm den Vorwurf, daß er sich über die Kriegsziele nicht klar ausgesprochen habe; die französischen Soldaten dürften „nicht für eine Politik der Eroberungen geistert werden“.

Der dritte Redner war Le Guery, der jetzige Redakteur der „Bataille“. Er ergänzte, daß er sich, als er von der Front zurückgetehrt sei, gefragt habe, welcher Richtung er sich wohl am besten anschließe. Zur Minderheit habe er nicht gehen wollen, da er deren Politik für fruchtlos halte. Man müsse in diesem Weltentsturz zuerst darauf sehen, so viel wie möglich für die Arbeiter zu tun, das aber wäre nur möglich, wenn man sich an den verschiedenen Kommissionen beteilige. Der Bericht läßt ihn weiter sagen: „Wir haben bis jetzt für die Friedensnegotiation nichts getan, weil wir sie für aussichtslos gehalten haben. Nun aber, da der Friedensgedanke sich bemerkbar macht, müssen auch die Anhänger der Mehrheit von der Regierung verlangen, die Kriegsziele kundzugeben. Wir sollen von der Regierung verlangen, daß sie durch die Arbeiterklasse, die so viele Mäntel gezeichnet hat, handeln soll. Das ist unser „Jasqu'au bout!“ (Bis zum Ende.) Dies will gütliche Wort ist übrigens nie von uns gebraucht worden. Wir wollen gelten gegen den Krieg und sind es heute. Wir wollen keine Annexionen. Das Ziel der Arbeiterklasse ist ein Frieden ohne Annexionen.“

Der Schwerpunkt dieser Verhandlungen — immer vor- ausgehelt, daß der Bericht des „Vorwärts“ im allgemeinen

zutreffend — liegt in drei Erklärungen. Erstens in der Erklärung Leon Jouhaux', daß die französischen Gewerkschaften bereit seien, einer Einladung der Deutschen zu einem internationalen Kongress zu folgen. Zweitens in der Forderung der Resolution, die französische Regierung solle Wilsons Note in günstigem Sinne beantworten und ihrerseits die Initiative ergreifen, um die Stunde des Friedens zu beschleunigen. Drittens in der Erklärung für einen Frieden, der die „Unabhängigkeit, die Gebietsunverletzlichkeit und die politische und wirtschaftliche Freiheit der großen und kleinen Nationen“ sichert.

In diesen Erklärungen begrüßen wir das erste wirkliche Gegenkommen auf die deutschen Bemühungen um die Wiederherstellung der internationalen Beziehungen der organisierten Arbeit. Wir wollen nichts darüber sagen, daß es so lange gedauert hat. Die Gegenwart verlangt nicht Gespräche über das Vergangene. Sie tennt nur eine Forderung: Arbeit für den Frieden. Daß diese Arbeit erfolglos bleiben muß, so lange sie nur von der Arbeiterschaft einseitig und insbesondere die Antwort der feindlichen Regierungen auf das deutsche Friedensangebot. Was den Friedensrufer der deutschen Arbeiterklasse bisher fehlte, war das entsprechende Echo auf der andern Seite. Jetzt ist dies Echo erkungen, und darum sind diese Verhandlungen der französischen Gewerkschaften so bedeutsamer als die Note des Präsidenten Wilson. Denn heute stehen die Dinge so, daß, wenn die deutschen, französischen und englischen Arbeiter in ihrem Friedensbegehren und in seiner Geltendmachung einig sind, in drei Monaten auch die letzte Skanone schweigen muß. Doch wollen wir uns darüber nicht läulchen: noch ist es nicht so weit. Es ist jetzt während des Krieges noch unsicherer als sonst zu beurteilen, inwieweit die leitenden Kreise der französischen Gewerkschaften wirklich der Vollstreckung der Bestimmungen in der französischen Arbeiterklasse sind. Der Aufschwung dieser Weihnachtskonferenz steht die Haltung der französischen sozialistischen Partei gegenüber. Die Mehrheit der französischen Sozialisten oder doch die Mehrheit ihrer leitenden Männer ist — das muß man nach allen Nachrichten annehmen — auch nach der Ablehnung des deutschen Verhandlungsangebots bereit, die Regierung zu unterstützen. Aber die französische Sozialistenpartei ist niemals im deutschen Sinne Arbeiterpartei gewesen. Ihre 80 000 organisierten Mitglieder (vor dem Kriege!) gehörten zum erheblichen, vielleicht zum größten Teil dem Kleinbürgertum und der Intelligenz an. Unter ihnen im Auslande bekannten führenden Männern befindet sich nicht ein einziger Arbeiter. Darum dürfen wir in den Sozialisten Sembat, Renaudel, Thomas usw. nicht die Wortführer der französischen Arbeiterklasse sehen. Die organisierte französische Arbeit stand der Sozialistenpartei fühl und in ihren leitenden Kreisen grundsätzlich ablehnend, fast feindlich gegenüber. So war es noch einige Monate vor dem Kriege. Als ich im Frühjahr 1914 an einem Kongress unserer französischen Berufscollegen teilnahm, fand Paris im Zeichen der Agitation für die Demoskopen zur Deputiertenkammer. Auf meine Frage, ob sie zur Wahl gingen, antworteten alle führenden Kollegen, an die ich die Frage richtete, mit einem sehr nachdrücklichen Nein. Selbst der inzwischen verordnete Kollege Moutier, von dem ich den Eindruck gewann, daß er unserer Auffassung von der inneren Einheit der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung noch am nächsten stehe, schüttelte den Kopf und sagte ernsthaft, er sei kein Freund der parlamentarischen Spieltheater. Und in dieser Hinsicht sehe ich keinen Grund der Ablehnung, die der damalige Kongress dem Kollegen Nicolat zuteil werden ließ — von ihm war bekannt, daß er Mitglied der Partei sein und das nächste Mal zu den Pariser Gemeinderatswahlen kandidieren werde. Von den Delegierten aus der Provinz sollten mehrere der Partei angehören, doch hinderte das nicht, daß der Kongress bei verschiedenen Gelegenheiten seiner Ablehnung gegen die sozialistische Partei Ausdruck gab. Daraus darf man folgern, daß auch in diesem Falle die Meinung der Arbeitermassen sich mehr der Haltung der Gewerkschaftskongressen; als der der sozialistischen Partei nähert. Dafür

spricht auch das Auftreten Leon Jouhaux'. Es ist ein viel zu kluger (übrigens auch ein sehr sympathischer) Mann, als daß er sich in einer so heißen und für die Zukunft der französischen Gewerkschaftsbewegung so bedeutungsvollen Frage von der Auffassung der Mitglieder trennen sollte. Gerade daß Leon Jouhaux die Bereitschaft zur Teilnahme an einem von Deutschen einberufenen internationalen Gewerkschaftskongress ausgesprochen hat, läßt erfreuliche Schlüsse zu. Denn es stand in der ersten Kriegszeit in diesen Fragen den Sozialisten der Richtung Sembat-Renaudel ziemlich nahe und erfuhr aus diesem Grunde manche Opposition aus den Kreisen der Gewerkschaften. Auch der französische Bauarbeiterverband bekannte sich nicht zur Parole des Wiederkampens, und insbesondere von seinem Sekretär Picart wissen wir, daß er zumindest an der internationalen Verbindung der Gewerkschaften festhielt. Auch der Name des Kollegen Picart, der 1910 als Gast an unserm Leipziger Verbandstage teilnahm, wurde einigmal unter denen genannt, die gegen die offizielle Politik der Confederation opponierten.

Kurzum: es besteht Hoffnung, daß die Haltung der Weihnachtskonferenz der französischen Gewerkschaften der Ausgang einer ernsthaften Bewegung für den Frieden werden kann. Die organisierte Arbeit Frankreichs scheint durchaus nicht so unentwegt hinter den Revanché und Vernichtungspolitikern zu stehen, wie man das nach der Haltung der Kammersozialisten annehmen mußte. Sie scheint mit uns einem Frieden durch Verständigung geneigt zu sein. Damit öffnet sich ein Weg zu einer gemeinsamen Arbeit.

Mehr kann man noch nicht sagen. Denn einmal bedarf es zur gemeinsamen Arbeit für einen Verständigungsfrieden einer Plattform, die das gemeinsame Ziel deutlicher umschreibt, als es das Bekenntnis zu einem anreizlosen Frieden tut. Die Bis-zu-Ende-Kämpfer in Frankreich verlangen Gleichberechtigung. Sie halten das nicht für eine Annexion, sondern für eine „Müdigkeit“. Man muß Klarheit darüber schaffen, ob die französischen Gewerkschaften den Frieden ohne Annexionen in dem gleichen Sinne auffassen, oder ob sie mit uns der Meinung sind, daß der Frieden nach der Scheidemannschen Formel zu erstreben ist: Was (vor dem Kriege) französisch war, muß französisch, was belgisch war, belgisch, was deutsch war, deutsch bleiben. Hier liegt der Kardinalpunkt — denn was im Osten und Südosten gesehen könnte, tritt an Bedeutung hinter dieser Frage zurück. In dem Beispiel kein deutscher Arbeiterpolitiker für eine Aufschwung Serbiens eintreten mögen. Aber es liegen hier Fragen vor, deren gemeinsame Lösung mehr Klarheit voraussetzt, als sie eine knappe, grundsätzlich zugespitzte Formel enthalten kann. In dessen möchte man doch nicht bezweifeln, daß es einer Zusammenkunft der gewerkschaftlichen Vertreter gelingen sollte, den Friedensgedanken an diesem blutigen Wirrwarr zu finden. Der rechtliche Wille dazu ist, das glauben wir heute, bei den organisierten Arbeitern diesseits und jenseits der Bogen vorhanden.

Wiel schwieriger erscheint die Verständigung mit den englischen Arbeitern. Wir kennen die Engländer viel zu wenig, um sie richtig beurteilen zu können. Das ist nicht unsere Schuld — wir haben manchmal versucht, ihnen näher zu kommen; aber man hat drüben auf diese Versuche nicht geantwortet. Unsere französischen Kollegen wissen das so gut wie wir. In England scheinen die Dinge wesentlich anders zu liegen als in Frankreich. Dort ist es nicht eine zum Sozialismus übergegangene Intelligenz, die als Wortführer der Arbeiter die Kriegspolitik der Regierung unterstützt, dort sind es die ersten Leute der Gewerkschaften selber. Es gibt Gründe genug, die das erklären; sie liegen in der Gefahr, die die Industrieentwicklung des festländischen Europas für die alte Monopolstellung der englischen Industrie in sich birgt. Aber diese Monopolstellung ist ohnehin nicht zu retten; sie müßte auch dann verschwinden, wenn es wirklich gelänge, den deutschen Wettbewerb abzumildern — sie konnte ihrer ganzen Art nach nur eine vorübergehende Erscheinung sein. Ob die englische Arbeiterschaft fähig ist, diesen unabweisbaren Ergebnis der weltwirtschaftlichen Entwicklung ins Gesicht zu sehen — das können wir nicht beurteilen. Die Vor-

Des.
Anaral
igvereine
getroffen
mittelten.
eitung
diesmal
igvereine
id 27,95,
id 68,90,
Bleedede
50. —
91. De-
nfranzösi-
Bernau
eld 1,85,
abd 1,50,
ide 0,75,
urg 0,45,
Mendau
annover
iel 1,85,
München
Wierene
0, Dfere-
0, Wof-
5, Schlei-
stand.
ber
fahren
Gery
Karl
Karl
blisch
traues
Alter
uf der
gliged
d Dorf
ig. —
ried
g im
An
dor
gären
unser
ten-
leben,
hisch
An
tuss-
wche.
gliged
gäre
unser
g) im
Con-
Alter
g der
Alter
ranz
ahren
kollege
r von
traues
s und
Alter
kollege
en an
gebner
Alter
r Harb
Alter
dau.)
soma-
ren an
unser
Alter
h 5 a
Frank-
Stollge-
er von
r Mit-
nfebl
allung-
abriges
er im
mbur.



und ununterbrochen mindestens 44 Wochen im Kriegsdienst stand. Allen nach der ersten Januarwoche einberufenen werden für das betreffende Jahr die Wochenstrafmarken gefest, auch wenn in demselben Jahre ihre Dienstzeit noch über 44 Wochen hinausgeht.

Um die Zerstörung der Gewerkschaften.

Wir erhielten den folgenden Bericht, den wir aus dem Rahmen der sonstigen Berichte herausheben möchten:
«Voran schweig. Am 12. Dezember sprach hier in einer Mitgliederversammlung der Kollege Barnhof über das Stillschließungs- und die Gewerkschaften. Er gab in großen Zügen das Gesetz wieder. Jedoch wurde der Vortrag von den Versammelten mit gemäßigten Gefühlen aufgenommen, was in der Diskussion vornehmlich zum Ausdruck kam. Kollege Peters war mit den Ausführungen des Referenten nicht einverstanden und brachte zum Ausdruck, daß den Arbeitern weit mehr geholfen wäre, wenn dieses Gesetz im Reichstage nicht zur Annahme gelangt wäre. Er kam dann auf die in Braunschweig beschlossene Beitragsperiode in der Partei zu sprechen, wies den mit R. A. unterzeichneten Artikel aus dem 'Volkstribüne' (der Artikel, in dem für die Einleitung der Beitragszahlung in den Gewerkschaften Stimmung gemacht wird, die (W.) und warf die Frage auf: 'Wie stellen sich die Angehörigen des Deutschen Bauarbeiterverbandes zu diesem Artikel?' Auch wünschte er, daß im Deutschen Bauarbeiterverband in diesem Artikel gemachten Vorschläge eingehend würde. Auch der Kollege Schreiber war mit den Ausführungen des Kollegen Barnhof nicht einverstanden; auch er gab den Vertretern der Gewerkschaften, die in der Generalkommission saßen und den sozialdemokratischen Abgeordneten die Schuld, daß dieses Gesetz zur Annahme gelangt sei; sie hätten nicht das nötige Hindernis gesetzt, gegen das Gesetz zu stimmen. Die Gewerkschafts- und Parteiführer hätten die Arbeitererschaft verkauft und verrättert. Auch mit den Maßnahmen unserer Hauptverwaltung war Schreiber nicht einverstanden. Der Verbandsvorstand und der Zentralrat hätten es nicht vernommen, daß den Frauen der im selben Hause Angestellten das halbe Gehalt nicht gegeben wurde, wohingegen sich die Frauen der andern im selben Hause stehenden Kollegen um ein paar Betheilscheine abspalten lassen mußten. Daher wäre eine Beitragsperiode in der Gewerkschaft sehr angebracht. Jedoch wolle er nicht noch größere Uneinigkeit in der Gewerkschaft tragen, da dieselbe vom Verbandsvorstand schon zur Genüge gelte. Der Kollege Steinig stellte hierauf den Antrag, beim Verbandsvorstand zu beantragen, daß den Frauen der im selben Hause Angestellten künftig das halbe Gehalt nicht mehr zu zahlen sei. Sie sollen auf dieselbe Unterlegung gesetzt werden wie die Frauen der andern im selben Hause stehenden Kollegen. Dieser Antrag wurde von der Versammlung angenommen. Kollege Barnhof widersprach den Vorschlägen und verteidigte zu beweisen, daß alle von den Rednern angeführten Mängel, die dem Gesetz anhaften sollen, gar nicht beständen oder doch gar nicht so ausgedehnt werden könnten, wie sie behauptet wurden, dann müßten wir uns auch damit abfinden, wenn es bei einem Krieg. Auch hat er die Versammelten, den Parteiführer nicht in die Gewerkschaft hineinzutragen. Kollege Barzuch betonte noch, daß die Arbeiter daran keine Schuld trügen; denn das würde von den Angestellten und Führern befohlen. Auch sei es gar nicht zu vermeiden, wenn es bei einem Krieg gebricht: 'Partei und Gewerkschaft seien eins.' Der vorgerückten Zeit wegen stellte Kollege Knochenhauer den Antrag auf Schluß der Debatte. Dieser Antrag wurde angenommen. Darauf wurden die Kartelldelegierten wieder- und ein Hilfskomitee neuorganisiert. Die Beschlüsse des Prozentsatzes für die Hilfskomitee wurden festgestellt.

Dieser Bericht zeigt, daß die in unserer Nr. 51 kritisierten Bemühungen des Braunschweiger 'Volkstribüne', die Gewerkschaften zu zerrütten, bei einem Zeit unserer Braunschweiger Kollegen leider auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Das ist auch nicht zu verwundern, aber gerade die größte Gefahr, die sich nunmehr in demselben Hause befindet, ist die, daß die Arbeiter nicht auf sich selbst verlassen können. Von den Redakteuren des Braunschweiger 'Volkstribüne' ist einer, der bekanntlich Herr S e p p e r e r e, wie die neueste Nummer der 'Volkstribüne' mitteilt, ein sehr gelehrter Mann, 1905 wegen seiner anarchistisch-hyphalisch-positiven Agitation gegen die freien Gewerkschaften aus seinem Verband sowie aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden. Seiner späteren Wiedereintritt in die Partei hat er aufsehend nur zu dem Zweck vollzogen, um innerhalb der Partei gegen diese und die Gewerkschaften wirken zu können. Ein anderer Redakteur des 'Volkstribüne' ist jener Herr W i n t e r, der wegen seiner Jesuitentüchtigkeit am Duisburger Parteiblatt von Parteivorstand entlassen worden ist. Ein dritter, jetzt wohl eingezogener Redakteur ist jener Herr B e h l e r, der seinerzeit zusammen mit Herrn Bladé-Soboleff an den belarussischen Staat in Göttingen beteiligt war. Alle diese Herren stehen nach unserer Überzeugung mehr auf anarchistischem als auf sozialistischem Boden - wenn wir nicht irren, war Herr Winter vor seiner Stellung in Braunschweig auch aus der Partei ausgeschlossen - aber trotzdem sind sie gerade die besten geeignet, den Arbeitern den 'wahren' Sozialismus beizubringen und für die Partei und die Gewerkschaften zu wirken.' Zu welcher Weise sie wirken, haben wir in unserer Heft Nr. 51 gezeigt. Ich bedauere nicht, daß sich ein Zeit unserer Braunschweiger Kollegen von diesen Leuten mißbrauchen und gegen ihre eigenen Gewerkschaften verwenden. Eschen denn unsere Braunschweiger Kollegen nicht ein, wozu sie von jenen Leuten geführt werden? Begreifen sie nicht, daß die Verwirklichung der in Braunschweig 'Volkstribüne' gemachten Vorschläge die Zerstörung der Gewerkschaften bedeutet? Oder sind am Ende die Herren von ihnen gar so frei, daß sie diese Verwirklichung selbst wollen? Wir können uns das nicht vorstellen, obwohl ja der von unruhmwürdigen Treibern an geschickte Panatismus schließlich auch vor dem bewußten Schädigung der Arbeiterinteressen nicht haltmacht. Es macht sich aber offensichtlich auch in Braunschweig darüber niemanden Mühen, daß unser Verband eine bewusste Schädigung der Arbeiterinteressen durch einen seiner Mitglieder nicht dulden wird. Für Leute, die gegen den Verband arbeiten, darf in dessen Reihen kein Platz sein. Im übrigen verweisen wir darauf, auf die gegen den Verbandsvorstand, die Generalkommission und die sozialdemokratische Reichstags-

fraktion erhobenen Anwürfe zu antworten. Wir drucken diese Anwürfe überhaupt nur ab, um unsere Kollegen zu zeigen, welcher Grad der Verhöhnung in Braunschweig unter dem Einfluß des 'Volkstribüne' bereits erreicht worden ist.

Nachdem vorstehendes bereits geschrieben und gesagt war, kommt der 'Volkstribüne' in seiner Nummer vom 4. Januar auf den R. A. Artikel zurück. Sonderbarerweise will er jetzt plötzlich mit dem von ihm als Leitartikel veröffentlichten Vorschlag, die Beitragszahlung in den Gewerkschaften einzustellen, nichts mehr zu tun haben. Angeblich wolle er mit diesem Artikel nur 'eine Diskussion eröffnen, welche, statt des verzerrten und verzerrenden Gerüchels an der Werkbank im öffentlichen Meinungsaustausch Klärung bringe'. Diese Ausrede ist ganz famos. Aber der 'Volkstribüne' glaubt doch nicht etwa, daß sie irgendein denkbarer Mensch ernst nimmt! Die ganze Verhöhnung seiner jetzigen veränderten Stellungnahme ist die Zusage, daß der im 'Volkstribüne' gemachte, mehrfach verbreitete Vorschlag von der gesamten deutschen Partei- und Gewerkschaftspresse einmütig aufgeschriebe zurückgewiesen werden ist. Selbst die den Braunschweiger 'Volkstribüne' politisch nahegehende 'Leipziger Volkszeitung' bezeichnet die Forderung der angeblichen Metallarbeiters als 'eine heillosen Konfusion geübene Vorschläge'. Der Braunschweiger 'Volkstribüne' steht mit seinem heuchlerisch modifizierten Angriff auf den Bestand der Gewerkschaften allein auf weiter Flur. Von rechts und links hat er keine Unterstützung bekommen. Das hat ihn zur Besinnung gebracht. Vielleicht hat ihm auch ein Teil der braunschweigischen Arbeiter inzwischen beigebracht, daß ein Arbeiterblatt nicht dazu da ist, durch den Kampf gegen die Gewerkschaften die Interessen der Unternehmungen zu vertreten. So gibt er nun, nachdem er vorher noch kräftig gegen einzelne Gewerkschaften losgegangen war, folgende verhältnismäßig vernünftige Auffassung zum besten:

Der 'Volkstribüne' hat die Auffassung eines Arbeiters veröffentlicht auf den Gründen, wie sie oben angegeben sind. Er identifiziert sich keineswegs mit diesen Auffassungen. Schon in Nummer 302 veröffentlichte er die Einwendungen eines in Braunschweig herangezogen gewerkschaftlich tätigen Genossen. Die Darstellung des Vorschlags von R. A. wäre für die gewerkschaftlichen Organisationen eine jener verhängnisvollen Markosen, die zum Zorn führen. Gerade der Krieg hat die Notwendigkeit der Organisationen der Arbeiter bewiesen, und die Tatsache, daß aus diesem Kriege das Kapital und das Unternehmertum an Macht bedeutend gestärkt hervorgehen werden, macht es zur dringenden Pflicht, die gewerkschaftlichen Organisationen stark zu erhalten und dieselben geistig und organisatorisch zu entwickeln. Die Organisationen auszubauen. Das ist die Aufgabe der Gewerkschaften. Die Organisationen der Arbeiterbewegung sind die Organisationen der Arbeiterbewegung. Die Organisationen der Arbeiterbewegung sind die Organisationen der Arbeiterbewegung. Die Organisationen der Arbeiterbewegung sind die Organisationen der Arbeiterbewegung.

Also die Redaktion des 'Volkstribüne' weiß, daß die Verwirklichung der Vorschläge auf Einleitung der Beitragszahlung in den Gewerkschaften eine Karotte wäre, die zum Zorn führt. Sie weiß, daß die Verwirklichung dieser Vorschläge die Zerstörung der Gewerkschaften bedeutet. Trotzdem hat sie die Vorschläge als Leitartikel veröffentlicht. Nicht etwa veröffentlicht, um die Mordlust dieser Vorschläge nachzugeben oder auch nur mit einem Wort dagegen zu protestieren, sondern offenbar, um die Vorschläge in die Zeit zu werfen zu lassen, wozu der nachstehende Bericht aus Braunschweig zeigt - auch bereits ein schicklicher Anfang gemacht ist. Erst vier Wochen später, nachdem die Redaktion von allen Seiten abgefeuert worden ist und sich überzeugt hat, daß die von ihr veröffentlichten Vorschläge an dem geraden Sinn der deutschen Arbeiter scheitern, lenkt sie ein. Wäre eine solche Redaktion nicht zum Zweck gemacht worden? In einem Orte, wo die Arbeiter gegen eine niedrige demagogische Dege mehr geleid sind, als es anscheinend ein Teil der Braunschweiger ist, wäre das wohl schon längst geschehen. Aber in Braunschweig werden wohl die Vertreter der Arbeiterbewegung nach wie vor ihr teures Spiel weiter treiben dürfen. Was sagen aber nun, nachdem der 'Volkstribüne' so tapfer umgefallen ist, jene unserer Braunschweiger Kollegen, die sich von jenem Blatt in so sinnloser Weise gegen ihre Gewerkschaft haben aufheben lassen?

Internationale Bauarbeiterbewegung, Schweiz.

Die Maurer und Handlanger in Zürich hatten bei ihrer Lohnbewegung im Mai letzten Jahres eine Erhöhung des Durchschnittslohnes von 87 Rappen für Maurer und eine entsprechende Erhöhung für Handlanger durchgesetzt. Da diese Lohnhöhung der Fortgesetzten steigenden Teuerung nicht entsprach, sahen sich unsere Kollegen im Oktober erneut gezwungen, Forderungen an die Unternehmer zu richten. Befürwortet wurde ein Mindestlohn von 80 Cts. und ein Durchschnittslohn von 85 Cts. die Stunde für Maurer, 70 und 75 Cts. für Handlanger, 50 und 55 Cts. für Pfasterträger. Diese Forderungen lehnten die Baumeister ab. Schließlich boten sie unseren Kollegen folgende 'Durchschnittslohne': für Maurer 75 Cts., Erdarbeiter 60 Cts., Handlanger 57 Cts. und Pfasterer 42 Cts. Dieses Angebot hielten wir hinter den Arbeiterforderungen zurück und ward daher von unsern Kollegen nicht angenommen. Daraufhin trat wieder das Einigungsamt in Funktion und vermittelte die Unternehmer, ihr Angebot um je 1 Cts. zu erhöhen, andererseits die Arbeiter, ihre Forderungen um je 5 Cts. zu erniedrigen. Auf dieser Grundlage arbeitete sodann das Einigungsamt folgende neuen Vorschläge aus: Durchschnittliche Stundenlöhne von 78 Cts. für Maurer, 63 Cts. für Erdarbeiter, 60 Cts. für Hand-

langer und 44 Cts. für Pfasterer. Diese Vorschläge nahmen die Meister an, während sie die Arbeiter ablehnten. Die Meister zahlen aber die Löhne, wie sie das Einigungsamt vorgeschlagen hatte. Unsere Kollegen haben auf die Anrufung des Schiedsgerichts verzichtet und sich so die Freiheit weiterer Aktionen gewahrt. Z.

Vom Bau.

Unfälle. Der Sturm am 4. Januar hat auf einem der Kriegsbauten in R u m e l b e i d m b a g einen recht betragswerten Unfall verursacht. Za die Bauten auf dem Berge liegen, wo das Wasser fließt zu bestimmen ist, hatte man auf einem 30 m hohen, sehr stabil hergestellten Gerüst ein Wasserreservoir aufgestellt, das etwa 3/4 m hoch war. Um es vor dem Umsturz zu schützen, waren Drahtseile angebracht, die in der Erde verankert waren. Am Abend wurden infolge eines starken Westwindes die Verankerungen aus der Erde gerissen, und der Turm brach zusammen. Hierbei wurden sechs Arbeiter getroffen, wovon einer sofort tot war, während ein zweiter auf dem Transport gestorben ist. Vier Personen sind schwer verletzt. Mit sechs Personen fanden im Militärverhältnis und waren nach Krümmel abtransportiert. Es die Veranlassung in dem Sandboden zu schwach war, wird die Untersuchung ergeben haben, worüber bis jetzt noch nichts zu erfahren war.

Nacharbeiter für Bauten. Das Kriegsmittel teilt mit: Alle Fabriken, die Neubauten für Herstellungen in Angriff genommen haben, werden ermahnt, ein festes Programm für den Bedarf an Hocharbeitern aufzustellen. Es muß eine genaue Übereinstimmung zwischen Bauplan und benötigten Arbeitskräften erreicht werden, damit sowohl Verzögerungen in der Fertigstellung wie auch Vergeudung wertvoller Arbeitskräfte vermieden wird. Begründete Wünsche um Verhelfung von Hocharbeitern sind an das für die Baupläne zuständigen stellvertretende Generalamt zu richten.

Maurerarbeiten bei Kälte. In der französischen Zeitung 'Le Travail' schreibt Ingenieur P. M. 7 Jede Möglichkeit, Maurerarbeiten bei Kälte fortsetzen zu können, verdient in diesen Zeitaltern mehr als je besondere Beachtung. Vom Zementmörtel wissen wir, daß er im allgemeinen dem Frost widersteht, sobald er ein gewisses Alter erreicht hat. Jeder weiß aber, daß die Kälte vergröbernd und unterbrechend auf das Abbinden und Abhärten der Betonung man nun mit der richtigen Frostzeit während der Herstellung der Maurerarbeiten rechnen muß, bleibt nichts anderes übrig, als gegebenenfalls künstliche Mittel zu verwenden, die das Abbinden beschleunigen. Ein solches Verfahren, das indes bisher wenig beachtet worden ist, obwohl es schon vor Jahren in der 'Lombardische-Zeitung' erörtert wurde, besteht in der Verwendung lauwarmen Wassers, in dem salinierte Soda gelöst ist. Diese ist allerdings teurer als die fraktionierte Soda, aber das Arbeiten damit wird doch wofürsüchtiger, weil man nur etwas mehr als ein Drittel davon braucht. Zum besten Maß ist bei diesen Verfahren während des Baues der Gleichschmelze von Zement nach Zement, namentlich bei der Herstellung von Mischungen, mit Erfolg benutzt worden. Da man es mit besonders unbedingten Gelände zu tun hatte, so war es damals nicht möglich, bis zum Frühjahr mit den Bauarbeiten zu warten, da sonst Einträge drohten. Aber das Arbeiten bei Frost ist ein gewisses Gegenstück für das natürliche Festhalten der Erdmassen, so daß man am Abendrost sparen konnte. Es wurden nun nach der erwähnten Methode die Maurerarbeiten durchgeführt, und zwar wurde immer ein Kilo Soda auf 12 Liter Wasser gegeben. Diese Mischung genügt bei Frost bis zu 10 und sogar bis zu 15 Grad Celsius. Bei größerer Kälte muß der Sodazusatz wesentlich erhöht werden. Daher stieg der Gehalt an Soda auf das Doppelte bei der Herstellung eines Sammelgrobes während einer Periode besonders großer Kälte. Das Abbinden jedoch wurde hierbei ebenfalls beschleunigt, das man mit derselben Vorrichtung arbeiten mußte wie bei schneefreiem Baugrund. Umgekehrt kann man bei weniger scharfen Frösten auch mit einem Sodazusatz von einem Kilo auf 15 Liter Wasser aus. Inzwischen wird es bei Kälte nicht ratsam sein, den Sodazusatz noch weiter zu verringern. Natürlich bringt dieses Arbeitsverfahren eine gewisse Beschleunigung der Bauten mit sich. Diese Maßnahmen sind jedoch im Vergleich zu den dadurch zu erreichenden Vorteilen unbedeutend. Die erwähnte französische Eisenbahnverwaltung hat seinerzeit im Verlauf von fünf aufeinanderfolgenden Jahren nach diesem Verfahren planmäßig Maurerarbeiten auch bei erheblicher Kälte fortsetzen lassen; im ganzen sind bei der Herstellung des Märlers 27 000 Kilo Soda zugegeben worden. Es zeigte sich, daß die Mehrausgaben ihre volle Rechtfertigung in den auf diesem Wege bei eiligen Arbeiten gewonnenen Zeiterparnissen finden. Bei Erdarbeiten wird auch noch die Unfallgefahr infolge des guten Zusammenhaltens der getrockneten Erdmassen verringert. Man sollte allerdings in einem Falle bei einem kleinen Verstoß dieser Art größere Ausschüttungen beobachtet werden sein. Gegen sich diese Erscheinung allgemein feststellen. So würde sie gegen das Verfahren auch nur dort sprechen, wo öffentliche Verkehrspunkte vorübergehend bleiben, also die Eile der Baupläne durch den Fortschritt der Baupläne nicht zu berücksichtigen sind. In sehr vielen Fällen wird aber gerade eine gewisse Unabhängigkeit vom Frostwetter eben durch den Sodazusatz für das Verfahren ausgleichend gemacht. In Friedenszeiten läßt sich zeigen, daß man einen Teil der Maurerarbeiten bei Kälte fortsetzen kann und neben diesen technischen auch sozialpolitische Gründe (sängere Beschäftigung der Bauarbeiter und verminderte Arbeitslosigkeit).

Ein Wechsel in der Redaktion der 'Baudeckungszeitung' ist mit der letzten erschienenen Nr. 1 eingetreten. Die Redaktion hat, wie wir seinerzeit berichtet haben, der selbstbetreibende Zentralvorstand, Kollege D o m a s, übernommen. Die 'Baudeckungszeitung' hat sich ein ganz neues Kleid angezogen und auch der Inhalt hat sich wesentlich geändert. Man merkt bei jeder Seite die Verhältnisse in den Reihen bricht. Im Begrüßungsartikel lag die neue Redaktion unter anderem: Mit dem veränderten Kleid solle die alte Kraft und die gleiche Hingabe für die Interessen der Kollegen

Gewerkschaftliches.

Ein Wechsel in der Redaktion der 'Baudeckungszeitung' ist mit der letzten erschienenen Nr. 1 eingetreten. Die Redaktion hat, wie wir seinerzeit berichtet haben, der selbstbetreibende Zentralvorstand, Kollege D o m a s, übernommen. Die 'Baudeckungszeitung' hat sich ein ganz neues Kleid angezogen und auch der Inhalt hat sich wesentlich geändert. Man merkt bei jeder Seite die Verhältnisse in den Reihen bricht. Im Begrüßungsartikel lag die neue Redaktion unter anderem: Mit dem veränderten Kleid solle die alte Kraft und die gleiche Hingabe für die Interessen der Kollegen



